

Massen- einwanderung stoppen!

Ein Appell an die Bundes-
regierung – von Josef Feldner

Seit Mitte des Vorjahres bewegt sich ein bis vor kurzem nahezu ungebremster Flüchtlingszustrom aus dem Nahen Osten und anderen Teilen der Dritten Welt nach Europa. Die mit dieser dramatischen Entwicklung auch auf Kärnten zukommenden vielfältigen Gefahren, zwingen den Kärntner Heimatdienst zum Handeln. In diesem Sinne appellieren die Mitglieder des KHD-Vorstands an die Bundesregierung, solidarisch mit anderen europäischen Staaten unter strikter Beachtung christlicher Grundregeln der Humanität, der Menschenrechte, aber insbesondere auch der österreichischen und europäischen Rechtsordnung, unsere nationalen Interessen in den Vordergrund zu stellen.

Das Bemühen um nachhaltige Eindämmung der Massenzuwanderung muss oberste Priorität haben. Die Festsetzung einer Obergrenze kann nur ein erster Schritt sein und genügt keineswegs. Zur Realisierung einer schrittweisen, jedoch zügigen Eindämmung des Flüchtlingszustroms ist ein nationaler Schulterschluss aller im Parlament vertretenen Parteien anzustreben und gemeinsam gegenüber der EU mit Nachdruck zu vertreten.

Der renommierte österreichische Journalist Karl-Peter Schwarz warnte am 2. Februar in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, dass „die Schwierigkeiten von Menschen aus anderen Kulturkreisen zunehmen, je rascher, massiver und ungeordneter die Einwanderung erfolgt. Millionen Migranten aus Syrien, dem Irak und Afghanistan sind von religiösen und politischen Kulturen geprägt, deren zivilisatorischer Bankrott das blutige Chaos im Nahen Osten und die Flüchtlingskatastrophe verursacht hat. Zugleich steige die Anziehungskraft extremistischer Positionen. Auf beiden Seiten würden der offenen Gesellschaft neue Feinde erwachsen. Eine signalisierte Bereitschaft, alle Flüchtlinge aufzunehmen, gefährdet nicht nur den Lebensstandard und das Sozialsystem der eigenen Bevölkerung in dramatischem Ausmaß,

Die lückenlose Sicherung der Außengrenzen muss im Sinne aller 28 EU-Staaten sein.

sie ist auch höchst inhuman gegenüber den Migranten, zumal sie Hoffnungen weckt, die nicht erfüllt werden können.

Zur Klarstellung: Die Forderung, den Massenzug nach Österreich zu stoppen, ist nicht gleichzusetzen mit einer totalen Grenzschießung für von Verfolgung bedrohte Flüchtlinge und Asylsuchende. Das Bekenntnis zu Asyl als humanitäres Gebot bleibt somit davon unberührt.

Die ehestmögliche und lückenlose Sicherung der EU-Außengrenzen muss im Interesse aller 28 EU-Staaten liegen. Ein gemeinsames Bekenntnis dazu wäre dokumentierte europäische Einigkeit. Mit einer effizienten Grenzsicherung nach außen, hätte das Sterben im Mittelmeer endlich ein Ende. Kontrollen an den EU-Binnengrenzen werden dann entbehrlich und Schengen bleibt bestehen.

Mit einem uneingeschränkten Bekenntnis aller 28 EU-Staaten zur Notwendigkeit und ausreichenden Finanzierung des Einsatzes aller zum wirksamen Grenzschutz angemessenen Machtmittel, würde darüber hinaus eine mehr denn je erforderliche Einigkeit der Europäischen Gemeinschaft dokumentiert werden.

Parallel zur Sicherung der EU-Außengrenzen hat die Bekämpfung der Fluchtursachen absoluten Vorrang.

Die Bundesregierung hat gegenüber der EU und den Vereinten Nationen sowie im Rahmen der außenpolitischen Kontakte vorrangig und mit Nachdruck alle Initiativen zu unterstützen, die auf die Beendigung des Krieges in Syrien und in den anderen Kriegsgebieten abzielen. Unter Einsatz aller Machtmittel muss es einer weltweiten „zivilisatorischen Allianz“ auch gelingen, unabhängig von ideologi-



Masseneinwanderung: Szenen vom österreichisch-slowenisch



Ergang Spielfeld

schen, strategischen und kulturellen Unterschieden, dem die ganze Welt gefährdenen Wüten des Terrorregimes „Islamischer Staat“ ein Ende zu bereiten

Die Finanzierung neuer Flüchtlingslager in Kriegsananrainerstaaten bzw. international garantierten Sicherheitszonen in kriegsnahen Gebieten, soll die Abwanderung

Hunderttausender nach Europa unterbinden. Neuer „Marshallplan“ für Wiederaufbau wird in Syrien gefordert. Milliardenhilfe ist vor allem auch von den USA, den reichen Golfstaaten und von Saudi-Arabien einzufordern.

Um ein weiteres Abwandern von Hunderttausenden Flüchtlingen aus den umkämpften Gebieten nach Europa zu unterbinden, sind in sicheren Kriegsananrainerstaaten menschenwürdige Lager mit massiver finanzieller Hilfe der EU zu errichten. Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble forderte beim diesjährigen Weltwirtschaftsforum in Davos „zur Bewältigung der Flüchtlingskrise und zum Wiederaufbau der Krisenländer im Nahen Osten einen Marshallplan der EU“. Mit Milliardensummen in die Herkunftsländer der Flüchtlinge und in die Nachbarstaaten könnte der Druck auf die EU-Außengrenzen verringert werden, betont Schäuble.

Darüber hinaus erwartet der KHD auch von den USA Milliardenhilfe einzufordern, zumal diese wegen ihren total verfehlten Interventionen in den vergangenen Jahren wesentliche Mitschuld an den kriegsrischen Auseinandersetzungen und an der Destabilisierung der Länder im Nahen Osten tragen. Befremdend ist auch, dass die reichen Golfstaaten und Saudi-Arabien bisher weder Flüchtlinge aufgenommen noch Finanzhilfe geleistet und somit keine arabische Solidarität gezeigt haben.

Den neuen Flüchtlingen mit Asylstatus sind strenge Pflichten aufzuerlegen. Grundwerte sind nicht verhandelbar. Wirtschaftsflüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern sind konsequent abzuschieben.

Jeder anerkannte Asylanter muss zur Integration bereit sein und sich zu unseren Grundwerten bekennen.

Bei Nichtbeachtung muss die Mindestsicherung gekürzt und allenfalls zur Gänze gestrichen werden.

Zu den wichtigsten Grundwerten zählen: Die Freiheit des Individuums, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Freiheit der Meinung und der Rede, Trennung von Kirche und Staat, Bekenntnis zur Demokratie und zum Rechtsstaat und zu unseren Gesetzen. Unverzichtbar ist auch das Erlernen der deutschen Sprache als wichtigstes Mittel zur Integration in die österreichisch-europäische Leitkultur ist. Die Verpflichtung zur Anerkennung unserer Grundwerte muss auch eine Absage an die, die heimische Bevölkerung diskriminierende Unterscheidung zwischen „Gläubigen“ und „Ungläubigen“ beinhalten.

Asyloberechtigte aus den Kriegsgebieten sind verstärkt und gezielt auf eine Rückkehr nach Kriegsende in ihre Heimat vorzubereiten. Milliardenbeträge für Flüchtlinge in Europa könnten umgeleitet werden und den Menschen in Syrien zu Gute kommen

Da Österreich generell nur noch „Asyl auf Zeit“ gewährt, sollten Flüchtlinge aus Syrien, vor allem jene, die nicht bereits in unseren Arbeitsmarkt integriert sind – laut Finanzminister Hans Jörg Schelling sind dafür nur maximal neun Prozent der Flüchtlinge integrierbar – auf eine Rückkehr in ihre Heimat nach

Wegfall der Fluchtgründe zum Wiederaufbau und zur Friedenssicherung vorbereitet werden. Dazu muss dem Vorschlag des Völkerrechtlers Michael Geistlinger zugestimmt werden,

die Finanzierung von Flüchtlingslagern in Jordanien durch Österreich zu übernehmen, von wo aus Flüchtlinge „über Nacht“ in ihre Heimat zurückkehren könnten, wenn es in Syrien wieder Frieden gibt. „Das würde unser Land deutlich weniger kosten und den Betroffenen auch viel mehr bringen.“

Der Kärntner Heimatdienst ist gegen Fremdenfeindlichkeit, Pauschalverurteilung und Generalverdacht. Ja zu interkulturellem Dialog mit Muslimen.

Jene Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten die vor dem IS-Terror geflohen sind, haben Schreckliches erlebt. Diese bedauernswerten Menschen auch noch pauschal zu verdächtigen, ist völlig unangebracht. Aus diesem Grund tritt der Kärntner Heimatdienst Pauschalverurteilungen und Generalverdacht entschieden entgegen.

Der Kärntner Heimatdienst will in der Flüchtlingsfrage nicht abseitsstehen und ist in der Kärntner Konsensgruppe zum interkulturellen Dialog mit Muslimen bereit.

Dr. Josef Feldner ist Obmann des Kärntner Heimatdienstes (KHD).